

Bundestagswahl 2009:**Zwei Gewinner, ein Absturz****Eine Zwischenbilanz<sup>1</sup> für den „Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen“ der RLS**

|                                                                                                                          |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Allgemeine Entwicklungen im Parteiensystem .....                                                                      | 1  |
| 1.1. Strukturelle „linke Mehrheit“ verloren gegangen.....                                                                | 2  |
| 1.2. Sinkflug der Volksparteien.....                                                                                     | 3  |
| 1.3. Aufstieg der FDP .....                                                                                              | 6  |
| 1.4. Zwei Gewinner – ein Verlierer – neue Konstellationen?.....                                                          | 7  |
| 2. DIE LINKE .....                                                                                                       | 8  |
| 2.1. Das Ergebnis in thesenhafter Zusammenfassung .....                                                                  | 9  |
| Anhang: Tabellen .....                                                                                                   | 9  |
| A1. Regionale Ost-West-Verteilung der gültigen Erst- und Zweitstimmen .....                                              | 9  |
| A2. Übersicht Bundestagswahlergebnis nach Ländern 2009/2005 .....                                                        | 11 |
| A3. Wählerwanderungen nach Infratest dimap von der Bundestagswahl 2005 (Spalte) zur<br>Bundestagswahl 2009 (Zeile) ..... | 12 |
| A3.1. Verbleib der Wählerinnen und Wähler von 2005 (Spalten).....                                                        | 12 |
| A3.2. Anteil der treuen und Stamm-Wählerschaft an Wählerinnen und Wählern 2009.....                                      | 13 |
| A3.3. Gewinne und Verluste für DIE LINKE: Wohin gingen rund 1,6 Millionen und woher<br>kamen rund 2,5 Millionen? .....   | 13 |
| A4. Übersicht: Wahlergebnis DIE LINKE nach Landesverbänden .....                                                         | 13 |
| A5. Gewinne, Verluste gegenüber Bundestagswahl 2005 und Gewicht der Landesverbände .....                                 | 14 |

**1. Allgemeine Entwicklungen im Parteiensystem**

Die Bundestagswahl 2009 kann ein tiefer Einschnitt im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland werden. Fest steht, dass sich das Fünf-Parteien-System durchgesetzt hat. Ob es tatsächlich zu der prognostizierten neuen Offenheit in der Koalitionsbildung führt, bleibt bis auf weiteres offen. Denn zunächst orientiert sich politisches Handeln bei vielen Akteuren offensichtlich an den alten Lager-Einteilungen. Völlig unklar ist auch der weitere Weg der SPD. Hierüber entscheiden nicht die nächsten Monate, sondern die nächsten Jahre. Ob bis 2013 darüber ausreichende Klarheit hergestellt ist, erscheint aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. DIE LINKE kann sich nicht länger über die Schwächen der SPD definieren. Beide Parteien müssen, soll eine gesellschaftlich getragene Reformmehrheit, ein „Bündnis für sozialen Fortschritt“ (Wahlprogramm DIE LINKE) zustande kommen, eine politisch tragfähige „Arbeitsteilung“ finden, um die notwendige Stimmenmehrheit (mit den Grünen) gewinnen zu können. DIE LINKE als eine der beiden Wahlgewinnerinnen hat allen Grund zum selbstbewussten Umgang mit der Stärke aus eigener Kraft. In Ostdeutschland ist ihr die politische Verantwortung für einen Politikwechsel übertragen worden.

<sup>1</sup> Dieser Text knüpft an die „Wahlachtberichte“ an: Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs: Wahlachtbericht und erste Analyse zu: Bundestagswahl am 27.09.2009, Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27.9.2009, Landtagswahl in Brandenburg am 27.9.2009.

<http://www.benjamin-hoff.de/article/3457.die-bundestagswahl-vom-27-september-2009.html>

<http://www.benjamin-hoff.de/article/3456.die-landtagswahl-in-schleswig-holstein-2009.html>

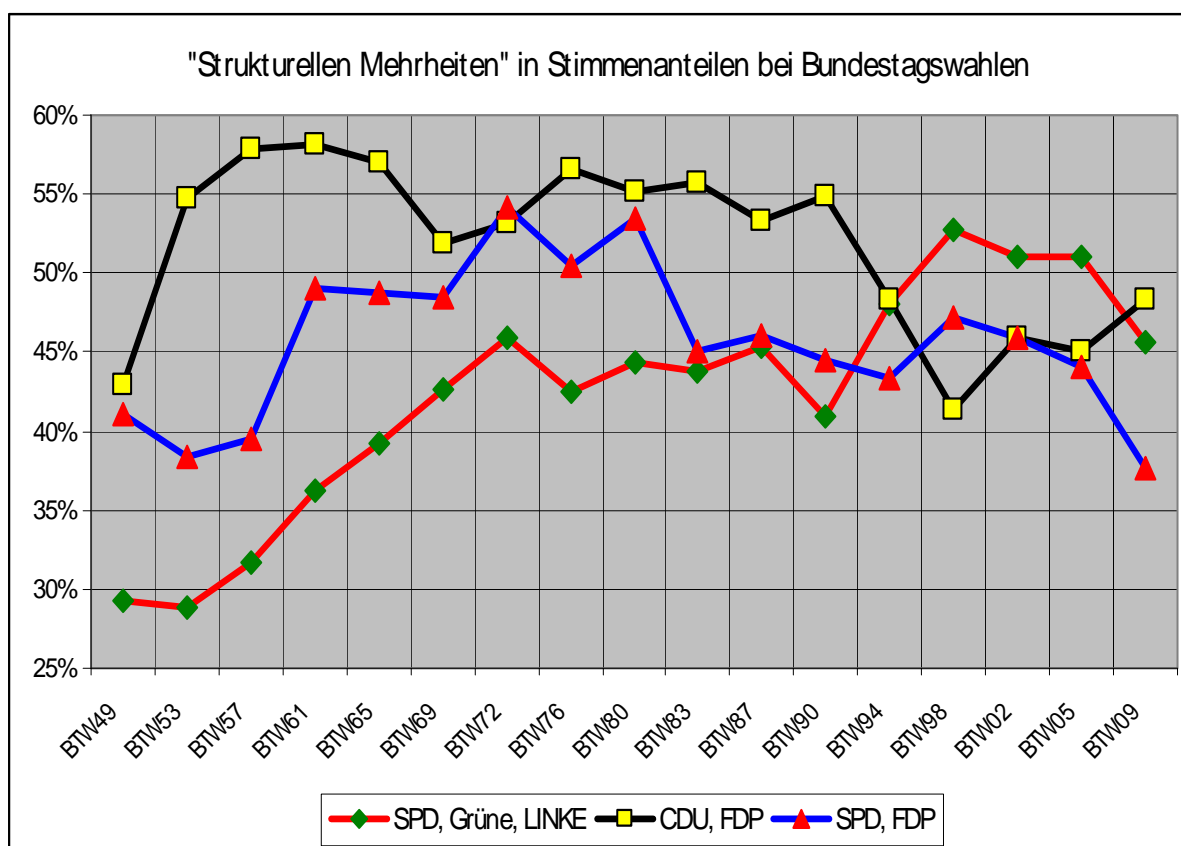
<http://www.benjamin-hoff.de/article/3458.die-landtagswahl-in-brandenburg-2009.html>

Geplant ist eine vertiefende Analyse auf der Basis der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.

### 1.1. Strukturelle „linke Mehrheit“ verloren gegangen

Die seit Mitte der 1990er Jahre immer wieder behauptete und festgestellte strukturelle Mehrheit für die Parteien „links der Mitte“, bestehend aus SPD, Grünen und PDS bzw. DIE LINKE ist verloren gegangen. In der Addition der Stimmenanteile liegen diese drei Parteien hinter Union und FDP. Letztmals war dies bei der Wahl 2004 der Fall. Ob es eine neue „strukturelle Mehrheit“ gibt, bleibt zunächst offen.

Die Stimmenanteile der „rot-rot-grünen“ Parteien fielen von zusammen 51,6% auf 45,6%. Gleichzeitig stiegen die Anteile von Union und FDP von 45,0% auf 48,4%. Sie blieben damit unter der 50-Prozent-Marke und sind weit entfernt von der 55%-Linie, die Union und FDP erstmals 1994 unterschritten.



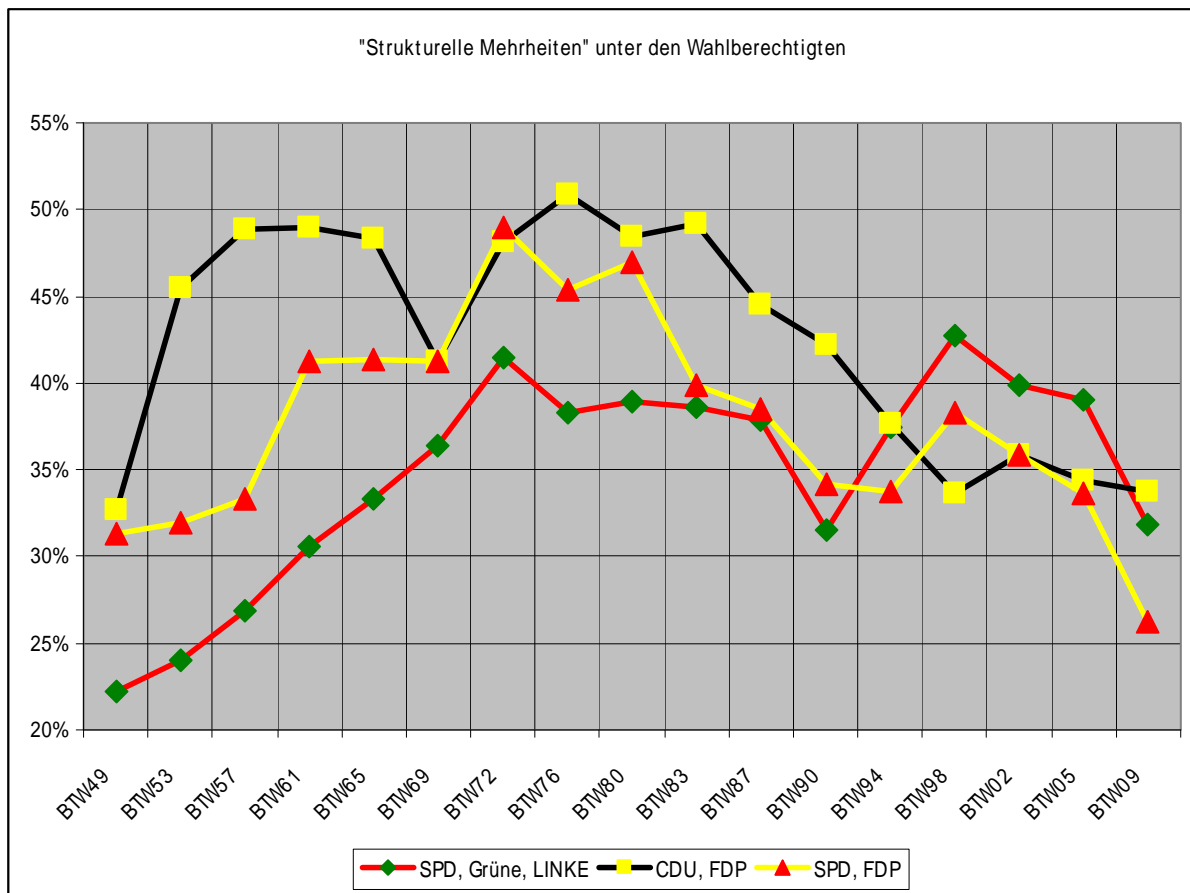
Es wäre daher verfrüht, von einer neuen strukturellen Mehrheit „rechts von der Mitte“ zu sprechen. Nach diesem Wahlergebnis ist offen, ob und wie sich eine neue strukturelle, also über mehrere Wahlperioden bestehende Mehrheit herausbilden wird. Das Wahlergebnis 2009 gleicht in dieser Hinsicht dem Ergebnis von 1994 mit umgekehrten Vorzeichen.

Der Verlust der „linken Mehrheit“ geht nicht auf ein entsprechendes Erstarken der Parteien rechts der Mitte zurück. Grund ist der Einbruch der SPD bei den Wählerstimmen. Entscheidend war weniger die Abwanderung von Stimmen von der SPD zu CDU und FDP. Entscheidend war die Abwanderung von Stimmen der SPD zu den Nichtwählern. Offensichtlich gab es für enttäuschte SPD-Wähler mehr Anlass, gar nicht zu wählen als LINKE oder Grüne zu wählen. Ob es gelingen wird, diesen Teil der enttäuschten SPD-Wähler, die zu den Nichtwählern 2009 abgewandert sind, wieder zur Stimmabgabe für eine Partei „links der Mitte“ zu bewegen, wird darüber entscheiden, ob es eine neue strukturelle Mehrheit „rechts der Mitte“ gibt.

Völlig ausgeschlossen erscheint die Erneuerung einer „sozialliberalen“ Mehrheit, wie sie in den 1970er Jahren in der alten Bundesrepublik bestand.

Von wesentlicher Bedeutung für die Frage, ob und welche strukturelle Mehrheit sich auf Bundesebene herausbildet, ist die Wahlbeteiligung. Setzt man die erreichte Stimmenzahl ins Verhältnis zur Wahlbeteiligung, so wird offensichtlich, dass der aktuelle Sieg von Union und FDP sich allein der gesunkenen Wahlbeteiligung verdankt und nicht einer gestiegenen Zustimmung unter der Bevölkerung. Die ge-

sunkene Wahlbeteiligung wiederum ist ein Ergebnis der SPD-Politik in den vergangenen Jahren. In Verbindung mit der fehlenden strategischen Machtoption der SPD 2009 hat die sozialdemokratische Politik zur Verdrängung des für eine „linke Mehrheit“ ausschlaggebenden Wählerteils aus dem politischen Wahlprozess geführt.



Die schwarz-gelbe Regierung kann sich auf ein Drittel der Wahlberechtigten stützen – über so geringen Rückhalt in der Bevölkerung hat noch keine Regierung der Bundesrepublik verfügt (Die erste Regierung Adenauer stützte sich auf weitere Parteien, die hier in der Grafik nicht berücksichtigt sind). Der Bestand dieser Regierung wird daher sehr stark davon abhängen, ob die zu Hause gebliebenen enttäuschten früheren SPD-Wähler wieder für eine Stimmabgabe zu mobilisieren sind.

## 1.2. Sinkflug der Volksparteien

Der Absturz der SPD ist in der bundesdeutschen Parteiengeschichte in dieser Form beispiellos. Seit 1998 verlor die SPD die Hälfte ihrer Wähler – ein Desaster für eine während dieser gesamten Periode regierende Partei. Auch wenn die 1998 erreichte Stimmzahl einen Hochpunkt der Zustimmung markiert: Noch nie hat eine Partei in diesem Ausmaß Regierungspolitik gegen die eigene Wählerschaft betrieben.

Ob der Absturz der SPD mit dem Wahltag beendet ist, ist mehr als fraglich. Es wird eine Weile dauern, bis die volle Konsequenz des Verlustes der Regierungsämter und eines Drittels der Mandate einschließlich der damit verbundenen Gelder und Mitarbeiter sowie die finanziellen Folgen des Wahlergebnisses für die Partei tatsächlich im Parteialltag ankommen und verarbeitet sein werden. Es wird ebenfalls dauern, bis die Partei sich eine gültige, mehrheitliche Meinung zu den Ergebnissen ihrer elfjährigen Regierungstätigkeit gebildet hat, an deren Ende, wie 1982, eine zusätzliche, starke Partei im sozialdemokratischen Wählerpotential stand. Und es wird noch länger dauern, bis sich die SPD mit ausreichender Mehrheit darauf verständigt hat, mit welchem Programm und welchen Repräsentantinnen und Repräsentanten ihres neuen politischen Kurses sie erfolgreich sein will. Dieser Prozess wird nicht in wenigen Monaten beendet sein. Angesichts der Erfahrungen nach dem Misstrauensvotum

1982 und den Wahlen 1983 wäre es viel, wenn die SPD bis 2012 die notwendigen Klärungen durchlebt hätte.

Es ist äußerst offen, was aus der SPD wird. Gut möglich, dass sie zu einer mittleren Partei mit Ergebnissen um die 15% schrumpft. Ebenso gut möglich, dass sie den Weg zurück in den Bereich über 25% bis um die 30% der Wählerstimmen findet.

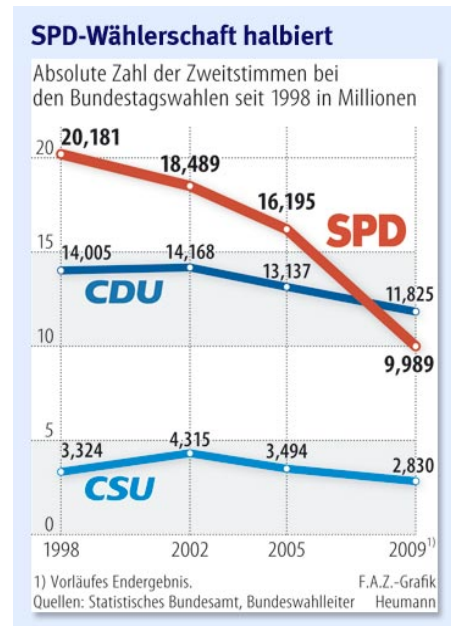
Die Chancen wie die Probleme für die SPD liegen darin, dass ihre Stimmenverluste nicht zu einem entsprechenden Zuwachs bei der anderen Volkspartei CDU bzw. CSU geführt haben. Im Gegenteil, auch die Union verliert seit 2002 deutlich an Stimmen, zusammen etwa 3,8 Millionen. Diese Entwicklung markiert einen Trend zu kleineren, Interessen gebundeneren Parteien, weg von den beiden großen, Interessen zusammenfassenden und homogenisierenden Parteien.<sup>2</sup>

Zusammen erreichten Union und SPD 1998 noch 37,5 Millionen Stimmen. Sie repräsentierten damit 76,1% der gültigen Stimmen und 61,7% der Wahlberechtigten. 2009 erreichten bei zusammen nur noch 24,6 Millionen Stimmen, das sind 56,8% der gültigen Stimmen und 39,7% der Wahlberechtigten. Der Verlust an Verankerung in der Gesellschaft – knapp 13 Millionen Stimmen – macht ein Drittel der Stimmen von 1998 aus.

Die Stimmverluste verteilen sich bis 2009 auf Stimmengewinne für andere Parteien (knapp 7 Millionen Stimmen) und auf einen großen Zuwachs bei den Nichtwählern (gut 6 Millionen). Die Wahlbeteiligung sank von 82,2% in 1998 auf 70,8% in 2009. Auch wenn man den aktuellen Wert für nicht vergleichbar mit dem 1998er Wert hält – 1998: ausgeprägte Wechselstimmung von Kohl zu Schröder; 2009: so gut wie feststehend, dass Merkel Kanzlerin bleibt -, so ist es doch der mit deutlichem Abstand niedrigste Wert aller Bundestagswahlen (2005: 77,7%; 1949: 78,5%; Höchstwert 1972: 91,1%).

Erreichte die SPD bei ihrem bisher schlechtesten Wahlergebnis 1949 die Stimmen von 22,2% der Wahlberechtigten, waren es 2009 nur noch 16,1%. Aber auch die Union fällt zurück: Mit 23,6% der Stimmen aller Wahlberechtigten erreicht sie exakt die gleiche Verankerung in der Wahlbevölkerung wie 1949. Die Nichtwähler sind mit 29,2% erstmals und deutlich stärker als Union und SPD.

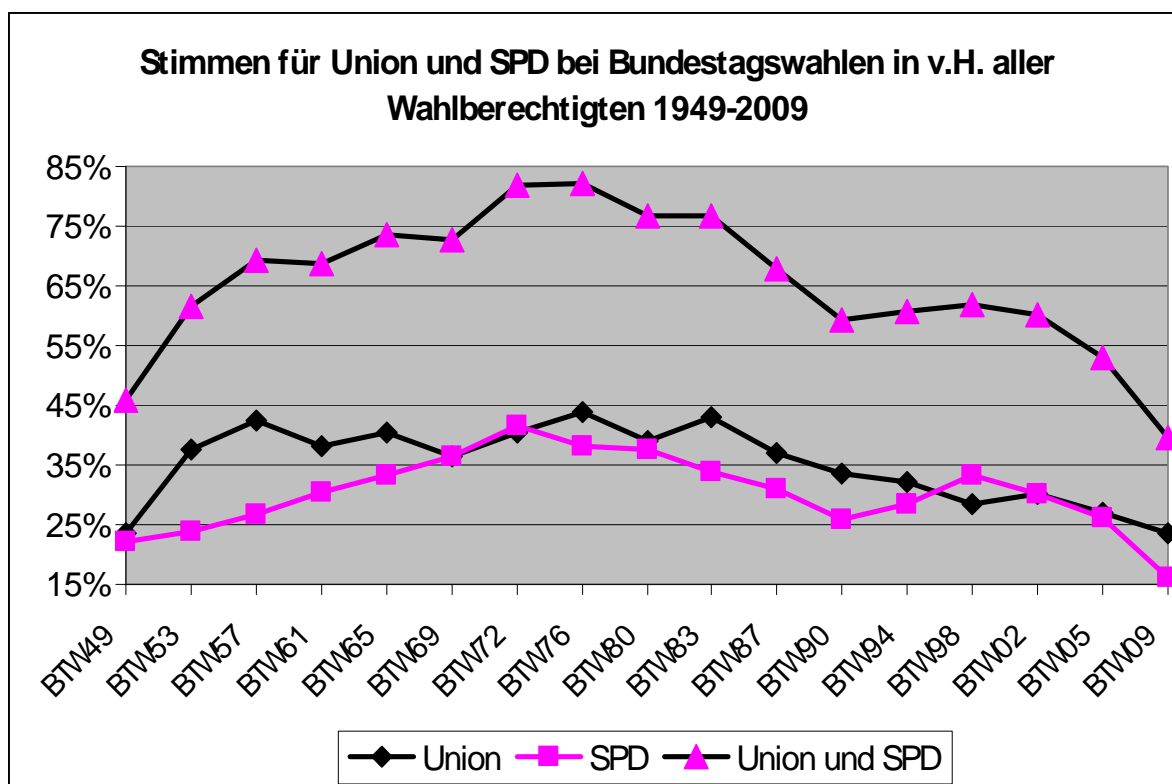
Ihren Höchststand erreichte die Union mit einem Anteil von 43,7% aller Wahlberechtigten bei der Wahl 1976. Der Höchstwert der SPD - 41,4% - kam 1972 zustande. Bei beiden Wahlen erreichten die beiden Volksparteien zusammen jeweils 82% der Stimmen aller Wahlberechtigten.



<sup>2</sup> Thomas Petersen vom Allensbach-Institut resümiert Befragungs-Ergebnisse zu den Potentialen der Volksparteien wie folgt: „Noch ungünstiger ist die Entwicklung bei der SPD. Der Anteil der SPD-Stammanhänger am strategischen Potential liegt mit 46 Prozent auf dem gleichen Niveau wie bei der CDU/CSU, doch anders als bei den Unionsparteien ist hier auch das Potential selbst deutlich geschrumpft. 40 Prozent sagen heute noch, sie könnten sich vorstellen, bei einer der nächsten Wahlen vielleicht einmal die Sozialdemokraten zu wählen. In den achtziger und neunziger Jahren hatte der Wert meist deutlich über 50 Prozent gelegen.“

Das bedeutet zunächst, dass der Trend zur Schwächung der Volksparteien sich auch umkehren lässt. Nach wie vor haben beide Volksparteien (CDU und CSU hier in eins genommen) ein Potential, das weit über ihre aktuellen Wahlergebnisse hinausreicht. Nichts spricht dafür, dass es in Zukunft unmöglich ist, dieses Potential wieder besser auszuschöpfen oder gar zu erweitern.

Dennoch wird es vor allem für die SPD schwer werden, die alte Stärke wieder zu erreichen. Das liegt auch an dem ausgeprägten Selbstbewusstsein der Linkspartei und ihrer Anhänger. Lediglich 35 Prozent der Anhänger der Linken nennen die SPD als zweitsympathischste Partei. Zum Vergleich: Von den CDU/CSU-Anhängern tun dies 39 Prozent, von den Anhängern der Grünen 50 Prozent. Nur 18 Prozent der Anhänger der Linken, aber 20 Prozent der CDU/CSU- und 35 Prozent der Grünen-Anhänger sagen, sie könnten sich eine Wahl der SPD vorstellen. Es ist also eine schwere Aufgabe für die SPD, die an die Linkspartei verlorenen Wähler zurückzuholen.“ Thomas Petersen: Das Potential der Volksparteien; in: FAZ, 227, 30.09.2009, S. 10.



- Die Vermutung liegt nahe, dass die Erosion der Volksparteien und der Rückzug bzw. die Ausgrenzung aus dem demokratischen Wahlprozess einen schichten- bzw. klassenspezifischen Charakter tragen. Bei „Arbeitern“ verliert die SPD 13 Prozentpunkte, bei Angestellten 15 und bei Arbeitslosen 8 Prozentpunkte. Zumindest legen auch die Daten für die Europawahlen und Landtagswahlen nahe, dass vor allem Arbeitslose, Arbeiter und weniger gut gebildete Bürgerinnen und Bürger den Anstieg bei den Nichtwählern ausmachen. Dieser Frage nach dem sozialen Charakter des Rückzugs bzw. der Ausgrenzung aus dem demokratischen Prozess muss anhand der Daten aus der repräsentativen Wahlstatistik weiter nachgegangen werden.
- Analysebedürftig in diesem Kontext ist auch, inwieweit grundsätzliche Probleme bestehen, bestimmte soziale Schichten am politischen Prozess (wieder) zu beteiligen: Auffällig ist zumindest, dass die Verluste der SPD bei Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Gewerkschaftern nicht automatisch die Gewinne der LINKEN sind. Im Gegenteil, bei den Arbeitern, die Gewerkschaftsmitglied sind. Hat die SPD 16 Prozentpunkte verloren, die FDP hat 7 und DIE LINKE nur 3 Prozentpunkte hinzugewonnen. In diese prozentualen Verschiebungen mag auch eine gesunkene Wahlbeteiligung gerade in dieser Gruppe eingehen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite illustrieren Wahlergebnisse der LINKEN. In Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz mit großer Nähe zum Saarland) mit einer Arbeitslosenquote von 8,7% und 7,7% SGBII-Bezieher auf alle Einwohner erreicht DIE LINKE, obwohl weniger lokal verankert ein deutlich besseres Ergebnis als in jeder Ruhrgebietsstadt, etwa Gelsenkirchen mit einer doppelt so hohen Arbeitslosenquote und knapp 18% SGBII-Bezieher.
- Beachtenswert sind die Unionsverluste in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Teile Rheinland-Pfalz einige weitere rheinische Regionen) mit starken katholischen Sozial-Milieus. Für Baden-Württemberg wird bereits seit einigen Jahren ein schleichender Erosionsprozess der Union beobachtet, verbunden mit einem Wiedererstarken des (Sozial-)Liberalismus. Die Gründe liegen tiefer als in der Person Oettingers oder dem norddeutschen Protestantismus Merckels. Ähnliche Erosionsprozesse der Union konnten auch in Hessen und Schleswig-Holstein bereits beobachtet werden. Auch hier wäre, mit Blick auf kommende Wahlen und mögliche zusätzliche Potentiale für DIE LINKE, eine genauere Analyse angebracht.

### 1.3. Aufstieg der FDP

Die FDP ist die Gewinnerin des Wahlabends. Sie hat die höchsten Stimmenzuwächse, sie wechselt von der Opposition in die Regierung. Sie schließt in den süddeutschen Ländern zur SPD auf. Dieser Erfolg verwundert angesichts der tiefen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den Augen vieler Marktradikalismus und neoliberale Politikmodelle bis auf die Knochen blamiert haben sollte. Doch Politik- und Wahlentscheidungen haben mehr mit Interessen und weniger mit ideologischen Einstellungen zu tun, als manchem lieb ist. Der FDP scheint es gelungen zu sein, „Interesse“ und „Einstellung“ auf eine für sie erfolgreiche Weise zur Deckung zu bringen. Indem die FDP zur Ein-Punkt-Partei („Steuern senken!“) wurde, erreichte sie eine bis dahin nicht gekannte Breite.

Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die FDP in Baden-Württemberg (18,8%), Hessen und Rheinland-Pfalz (16,6%), Schleswig-Holstein (16,3%), Nordrhein-Westfalen (14,9%) und Bayern (14,7%). Die FDP gewinnt in allen von Infratest dimap aufgeführten Sozialstrukturgruppen zwischen sieben (Selbständige, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter) und zwei (Arbeitslose) Prozentpunkte. Bei den Selbständigen erreicht sie 26%. In den Altersgruppen gewinnt sie nur bei den über 60jährigen Männern und Frauen und bei den unter 25jährigen Frauen unterdurchschnittlich. Ihr bestes Ergebnis hat sie bei den unter 45jährigen Männern, hier erreicht sie bei den 25-34jährigen sogar 20% der Stimmen – mehr als die SPD.

Um den Aufstieg der FDP zu erklären, bieten sich drei Erklärungsstränge an, die jeder für sich Gewicht haben und im Zusammenspiel einen positiven Trend für die FDP bewirken.

Die Schwäche der Union: Nach der gefühlten Wahlniederlage 2005 und mit der Kanzlerschaft in der Großen Koalition hat die Merkel-Mannschaft auf eine Politik und eine Kommunikation der „neoliberalen“ Zuspitzung verzichtet. Gestärkt wurden der Rüttgers-Kurs und die Sozialausschüsse. Andernfalls erschien die Behauptung gerade gewonnener Machtpositionen (Nordrhein-Westfalen) nicht möglich. Geschwächt wurden die eher wertkonservativen Kräfte (Koch, Hessen) und die wirtschaftsliberalen Kräfte. Letztere verloren sogar ihre personelle Repräsentanz an der Spitze (Merz). Was als „Sozialdemokratisierung“ der CDU beschrieben wurde, brachte bestimmte Wählerschichten in Distanz zur herrschenden CDU-Politik – und machte sie, zunächst vermutlich unter pragmatischen Gesichtspunkten, bereit für einen Wechsel.<sup>3</sup>

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die „Rückkehr des Staates“: Der drohende Zusammenbruch des globalen Finanzsystems rief die Staaten als „letzten Rettungsanker“ des (finanz-)kapitalistischen Systems auf den Plan. Dass Kapitalismus ohne staatliche Regulation nicht lebensfähig ist, wurde schlagartig klar. Plötzlich setzen alle Parteien auf den Staat – bis auf eine. Hatte zuvor DIE LINKE das Alleinstellungsmerkmal „Staat“, so hatte jetzt die FDP das Alleinstellungsmerkmal „Markt“. Sie definierte die Rolle des Staates in der akuten Krise als „Feuerwehreinsatz“: einen Brand löschen und dann in die Wache zurückkehren. Hier sah und sieht selbst die CDU größeren staatlichen Regulierungsbedarf (Merkel: „Banken dürfen keine Staaten mehr erpressen können“), was wiederum den Eindruck der christdemokratischen Sozialdemokratisierung verstärkte und innerparteiliche Ablösungs- und Entfremdungsprozesse beförderte. Die FDP wurde zur einzigen „nicht sozialdemokratischen“ Partei im Bundestag.

Die Selbstinszenierung als „Ein-Punkt-Partei“ mit Beiwerk: Über Jahre hinweg hat sich die FDP mit einem zentralen Thema positioniert: Steuersenkung – mehr netto vom brutto. Erst spät kamen Reminiszenzen an den Sozialliberalismus hinzu: Bürgerrechte und Bildung wurden als FDP-Themen auch wieder aufgerufen. Der zentrale politische Anker der FDP, die Steuersenkung, machte sie zum glaubwürdigen Motor eines Politikwechsels: Wer bei dieser Wahl eine andere Politik als die der Großen Koalition wollte, musste dieses Mal FDP, nicht CDU wählen. Nur auf diese Weise wurde auch für CDU-Anhänger das Kreuz bei der FDP (Zweitstimme) eine sichere Stimme gegen die Fortsetzung der Großen Koalition mit einem Hauch von Protest gegen die von der CDU eingeschlagene Richtung. Weniger Kenntlichkeit in der Steuerfrage hätte diese Wirkung nicht gehabt, weil die FDP ihre Unterscheidbarkeit verloren hätte. Die Kommunikation einer schwarz-gelben Regierung als „bürgerliche Koalition“ verortete die FDP eindeutig im gemeinsamen Lager mit der Union und machte wechselwil-

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu Hoff/Kahrs: Wahlbericht Bundestagswahl vom 27./28.09.2009, S. 9-14; Renate Köcher: Wie die pragmatische Gesellschaft wählt; in: FAZ, 221, 23.09.2009, S.7



ligen Wählern diesen Schritt als Wechsel innerhalb des gleichen Lagers leichter („Protest im eigenen Milieu“).

Alle diese drei Faktoren wirkten bis zum Wahltermin sich gegenseitig verstärkend, so dass die FDP sowohl ideologisch wie pragmatisch motivierte Wählerinnen und Wähler gewinnen konnte. Interesse und Populismus verbinden sich erfolgreich. Im ideologisch-verbalen Kampf gegen den „Steuerstaat“, gegen den „Moloch Staat“, der die „Früchte der eigenen Leistung“ wegsteuert, im Bild, dass man ohne die staatliche Einmischung besser klar käme, leben die klassischen Staats- und Gesellschaftsbilder des (kleinbürgerlich-mittelständischen) Populismus auf. Das Einfordern von Steuersenkungen gerade in Zeiten der Krise zieht alle Interessen derjenigen auf sich, die ahnen, dass die Krisenkosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden, davon aber möglichst wenig getroffen werden wollen. Wer nicht für die Zeche zahlen wollte, konnte sich fürs erste auch bei der FDP und ihrer Forderung nach Steuersenkungen gut vertreten sehen...

#### **1.4. Zwei Gewinner – ein Verlierer – neue Konstellationen?**

Die Bundestagswahl hatte einen großen Verlierer, die SPD. Hinter ihrem Debakel droht der Glanz der beiden Gewinner, der FDP und der LINKEN, zu verblasen. Dabei sind sie es, von denen die entscheidende Dynamik in den kommenden Monaten und Jahren ausgehen kann, wenn sie ihre Chancen nutzen.

DIE LINKE und die FDP bilden die beiden Pole entlang der entscheidenden Achse, die zumindest in den kommenden vier Jahren die Politik prägen wird, der Achse Staat und Markt. Wie viel Staat notwendig ist, um die Krise und ihre Folgen zu bewältigen; wie viel staatliche Regulation des Marktgeschehens hinreichend ist, um unerwünschte Verteilungseffekte und Demokratie-Defizite zu verhindern; wie viel Markt notwendig ist, um wohlverstandene Liberalität und gesellschaftliche Vitalität zu sichern – all diese Fragen werden die politischen Auseinandersetzungen um Krisenkosten und Krisenauswege durchziehen.

Mit dem bei solchen Aussagen notwendigen Maß an Grobheit und Zuspitzung lassen sich die Wähler beider Parteien auch als rationale „Wirtschaftswähler“ begreifen, wie es Marc Beise jüngst im Wirtschafts-Leitartikel der Süddeutschen Zeitung tat (und dessen wertende Typologen der Wählerschaften hierbei zunächst zweitrangig sind):

*„Bei der Bundestagswahl 2009 aber haben die Wähler deutlicher als üblich ihr favorisiertes Wirtschaftsprogramm gewählt. Sie haben sich damit als reifer und kompetenter erwiesen, als ihnen das Beobachter vielfach zugetraut haben.*

*Dabei geht es gar nicht ausschließlich um den strahlenden Erfolg der vermeintlichen Zahnärzte-Partei FDP, sondern ebenso um den Erfolg der Linkspartei. So unterschiedlich beide sind, so sehr haben sie doch eines gemeinsam: eine klare Vorstellung ihrer Wähler, wie Wirtschaftspolitik sein sollte. Wer sich auf diesem Feld mehr Kompetenz wünscht, weil Wirtschaft mehr denn je unser Schicksal ist, sollte sich darüber freuen. (...)*

*Das Wahlergebnis zeigt zwei grundverschiedene wirtschaftspolitische Positionen im Land. Vereinfacht gesprochen, sind das zum einen jene, die sich sorgen. Die Angst haben vor Strukturwandel und Globalisierung. Die klagen, dass der internationale Wettbewerb zu Lasten Deutschlands geht. Sie vertrauen weder dem Markt noch ihrer eigenen Gestaltungskraft. Sie fordern den starken Staat, der sie beschützen möge, der ihnen umfassend helfe, wenn sie arbeitslos sind und womöglich für immer bleiben. Wer so denkt, gehörte früher zum weiten Kreis der SPD-Wähler. Aber die SPD ist zur Alles-und-jedes-Partei geworden. (...) Wessen Weltbild glasklar auf "mehr Staat und mehr Sicherheit" gerichtet ist, wählte diesmal besser Linkspartei.*

*Dem entgegengesetzt sind jene, die noch an die eigene Gestaltungskraft und wirtschaftliche Freiheit glauben. Die sich zutrauen, selbst die Ärmel hochzukrempeln, wenn der Staat sie nur lässt. Die im Erfolgsfall die Früchte ihres Einsatzes auch selbst ernten und nicht automatisch weit mehr als die Hälfte ihres Bruttoeinkommens für Steuern und Abgaben an den großen Moloch Staat abgeben wollen. Die dem deutschen Mittelstand weiter Großes zutrauen, wenn der nur Geld und Kraft dazu hat. Diese Bürger wählen traditionell FDP, aber auch CDU und CSU. (...) Auch die CDU ist zur Alles-und-jedes-Partei geworden, erst recht die CSU, die das Kunststück vollbracht hat, für weniger Staat und Steuersenkungen ebenso glü-*

*hend zu werben wie für mehr Staat und Sozialleistungen. Wessen Weltbild glasklar auf "weniger Staat und mehr Freiheit" ausgerichtet ist, musste diesmal FDP wählen (oder die Grünen, deren Realos Wirtschaftskompetenz mit Umweltkompetenz paaren).*

*Weniger Staat oder mehr Staat: Diese Pole prägen das Land. Man wird das eine für richtig und das andere für falsch halten - beides aber sind legitime Sichtweisen von Wirtschaft. Und beide sind allemal reifer und klüger als das unverbindliche Sowohl-als-auch. (...)“<sup>4</sup>*

„Weniger Staat oder mehr Staat“ – darin stecken alle Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und alle Fragen der öffentlichen Dienste, der Beschaffenheit der Institutionen des Allgemeinwohls.

Das Ergebnis der Bundestagswahl mit einer schwarz-gelben Regierung und einer rot-rot-grünen Opposition legt nahe, die beiden politischen Lager der alten Bundesrepublik als politisches Handeln und die Strategie leitende Muster zu wieder zu beleben. Nichts wäre vermutlich CDU und SPD lieber, fiele ihnen doch dabei jeweils eine Führungsrolle zu. Die politische Dynamik der Wahlgewinner würde so gebremst. Um ihre Chance auf Meinungsführerschaft für die jeweiligen Polen der Achse Staat-Markt würden sie gebracht.

DIE LINKE hat durch das Wahlergebnis die Meinungs- und Oppositionsführerschaft in den Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, der Reichweite und Art und Weise staatlicher Tätigkeit angeboten bekommen. Ob und wie sie diese Rolle ausfüllt, entscheidet in hohem Maße mit darüber, ob eine gesellschaftliche Reformbewegung gegen eine mögliche strukturelle schwarzgelbe Mehrheit 2013 entsteht. Die Frage, ob sich die SPD wieder „sozialdemokratisiert“ ist für DIE LINKE dabei zunächst nebensächlich. Die Zeiten, in denen sich DIE LINKE über die Schwächen der SPD definieren kann, sind vorbei. Ihre Rolle ist auch nicht die eines Medizinmannes im Krankenbett der SPD. Sie ist in eine neue gesellschaftspolitische Verantwortung gestellt worden.

Die Zukunft der SPD entscheidet die SPD. Soll es eine „linke Reformmehrheit“ im Lande geben, wird sich die SPD in der Tat, wie es in einem internen, im „Tagesspiegel“ bereits am Wahlabend veröffentlichten Papier hieß, „neu erfinden“ müssen. „Neu erfinden“ kann mit Blick auf Rückeroberung einer neuen Mehrheit nur heißen, diejenigen Wähler zurückzugewinnen, die sich von der SPD enttäuscht abgewendet haben, aber nicht zur LINKEN (oder den Grünen) gewandert sind. Entscheidend wird sein, ob die SPD die neuen Nichtwähler zurückholen kann und dazu noch zur Union abgewanderte Wähler. Sie könnte dies – nur als Beispiel - versuchen als Partei der „Chancengerechtigkeit“, die auf die Investitionen in das „Humankapital“, die Arbeitskraft setzt und so wieder sozialen Aufstieg möglich macht. Mit HartzIV hat sie den schnellen Absturz nach unten möglich gemacht – nachzuholen wären nun das (individuelle) Fördern, der Weg von unten heraus. All dies bleibt Spekulation, so lange die SPD für sich keine neue politische Rolle gefunden hat. Mit ihrem Wahlkampf hat sie für sich selbst die Alternative aufgestellt: Juniorpartner von Angela Merkel oder Opposition, was nichts anderes bedeutete, als den Wähler um die Entlassung aus der Regierungsverantwortung zu bitten. Es wird dauern, bis sich die SPD davon erholt und neu und regierungswillig aufgestellt hat. Erst wenn ihr das gelungen ist, stellen sich Fragen nach rot-rot-grüner Zusammenarbeit in Regierungsverantwortung wirklich. 2013 ist, nach allen Erfahrungen mit weit weniger deftigen Niederlagen in den 1980er Jahren, dafür ein kühnes Datum.

## **2. DIE LINKE**

DIE LINKE hat ihre absolute Stimmenzahl um 25% gegenüber der Bundestagswahl 2005 erhöht, ihr Anteil an den Wählerstimmen stieg von 8,7% auf 11,9%. In prozentualen Anteilen an den abgegebenen gültigen Stimmen hat DIE LINKE in allen Ländern zugelegt. Die absoluten Stimmenzuwächse wurden vor allem in den westlichen Ländern erreicht. In drei östlichen Ländern verlor die LINKE absolut Stimmen, legte aber aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung gleichwohl prozentual zu. In Ostdeutschland gewann DIE LINKE erstmals außerhalb von Berlin Direktmandate. Ausnahmslos handelte es sich hierbei um vormalige SPD-Wahlkreise, die nun gegen die CDU-Kandidaten gewonnen wurden. Im Osten ist die Partei in eine neue Rolle hinein gewählt worden: die Gegenspielerin und Herausforderin der CDU. Außer in Brandenburg kann die SPD in keinem ostdeutschen Flächenland diese Rolle noch vor sich beanspruchen.

---

<sup>4</sup> Marc Beise: Der Wirtschaftswähler; in: Süddeutsche Zeitung, 224, 29.09.2009, S. 23.



Auf einige Aspekte des Wahlergebnisses für DIE LINKE wird nachfolgend eingegangen. Die notwendige ausführlichere Analyse und Bewertung erfolgt nach Vorlage der Ergebnisse der Nachwahlbefragungen und der repräsentativen Wahlstatistik.

## 2.1. Das Ergebnis in thesenhafter Zusammenfassung

- Mit 6,5% hat DIE LINKE in Bayern das schlechteste Landesergebnis erzielt: Sie hat, anders als 2005, in allen Bundesländern die 5% deutlich überschritten und damit die Beschränkung auf die traditionell linken Wählermilieus durchbrochen. Welche neuen Milieus hinzugewonnen worden, muss in den Regionen analysiert werden. Auf spezifische Probleme wurde oben am Beispiel Kaiserslautern/Gelsenkirchen hingewiesen.
- DIE LINKE hat von ihren 4,1 Millionen Wählerinnen und Wählern in 2005 bis zum Wahltag 2009 knapp 1,6 Millionen verloren. Gut 2,5 Millionen wählten DIE LINKE erneut. Sie bilden die neue Stammwählerschaft, die für den Einzug in den Bundestag gerade ausreicht. Die Hälfte ihrer aktuellen Wählerschaft hat DIE LINKE im Laufe der vergangenen Wahlperiode neu hinzugewonnen.
- Die absoluten Zugewinne fanden im Saldo in den westlichen Bundesländern statt (in den östlichen überwiegen die Verluste an absoluten Stimmen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die Gewinne in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Ost).
- Mit 8,3% der Stimmen ist DIE LINKE im Westen die deutlich kleinste Oppositionspartei. Sie kann dort die Rolle einer treibenden Kraft ausfüllen, in der im Zweifel ein echter Politikwechsel nicht scheitert, von der mangels fehlender Größe aber auch nicht erwartet wird, dass sie ihn herbeiführt.
- Anders im Osten. Hier wurde DIE LINKE mit 28,5% der Zweitstimmen knapp hinter der CDU liegend zweitstärkste Kraft, in Sachsen-Anhalt vor der CDU und in Brandenburg vor der SPD die stärkste Kraft bei der Bundestagswahl (anders bei der Landtagswahl in Brandenburg). Gewichtiger noch ist aber die Eroberung von zwölf Direktwahlkreisen außerhalb Berlins und das knappe Scheitern (unter 2000 Stimmen) in sechs weiteren. Bis auf zwei Ausnahmen fiel die Entscheidung zwischen CDU und LINKE-Kandidaten, die SPD, die zuvor diese Wahlkreise gewonnen hatte, landete meist abgeschlagen deutlich unter 20%. In Ostdeutschland gibt es – Ausnahme Brandenburg – nur noch zwei große Parteien, die um die politische Richtung streiten. DIE LINKE findet sich in Ostdeutschland in der Rolle wieder, einen Politikwechsel herbeiführen, bewerkstelligen zu müssen, dafür Bündnispartner gewinnen zu müssen.
- Insofern birgt der Wahlausgang ein für das Binnenleben der Partei potentiell zwiespältiges Resultat: Gewachsenes Gewicht der westdeutschen Stimmen für das Gesamtergebnis und die bundespolitische Stärke und damit Zuwachs für die westdeutschen Landesverbände und qualitativ gestiegene politische Forderungen an die ostdeutschen Landesverbände.
- Mit den Wahlen am 27. September endete der Wahlzyklus, der 2007 in Bremen begann. Am Ende sollte geklärt sein, dass DIE LINKE in den Parlamenten als ständige fünfte Kraft verankert ist und welches Wählerpotential sie binden kann. Auf dieser Grundlage sollte die programmatische Verständigung bis 2011 erfolgen. Der Wahlzyklus wurde überaus erfolgreich abgeschlossen. Doch lässt die Gesamtschau des Wahlergebnisses offen, ob nicht das Potential für DIE LINKE noch deutlich und qualitativ ausgebaut werden kann.

## Anhang: Tabellen

### A1. Regionale Ost-West-Verteilung der gültigen Erst- und Zweitstimmen

|                                   | Erststimmen |       |            | Zweitstimmen |       |            |
|-----------------------------------|-------------|-------|------------|--------------|-------|------------|
|                                   | 2009        | 2005  | plus/minus | 2009         | 2005  | plus/minus |
| <b>Bundesrepublik Deutschland</b> |             |       |            |              |       |            |
| CDU/CSU                           | 39,4%       | 40,9% | -1,4%      | 33,8%        | 35,2% | -1,4%      |

|                                            |       |       |        |       |       |        |
|--------------------------------------------|-------|-------|--------|-------|-------|--------|
| SPD                                        | 27,9% | 38,4% | -10,5% | 23,0% | 34,2% | -11,2% |
| Grüne                                      | 9,2%  | 5,4%  | 3,8%   | 10,7% | 8,1%  | 2,6%   |
| FDP                                        | 9,4%  | 4,7%  | 4,7%   | 14,6% | 9,8%  | 4,7%   |
| PDS/LINKE                                  | 11,1% | 8,0%  | 3,1%   | 11,9% | 8,7%  | 3,2%   |
| REP                                        | 0,1%  | 0,1%  | 0,0%   | 0,4%  | 0,6%  | -0,1%  |
| NPD                                        | 1,8%  | 1,8%  | 0,0%   | 1,5%  | 1,6%  | -0,1%  |
| DVU                                        | 0,0%  | 0,0%  | 0,0%   | 0,1%  | 0,0%  | 0,1%   |
| Piraten                                    | 0,1%  | 0,0%  | 0,1%   | 2,0%  | 0,0%  | 2,0%   |
| Sonstige                                   | 1,0%  | 0,8%  | 0,2%   | 2,0%  | 1,8%  | 0,3%   |
| <b>Ostdeutsche Länder mit Berlin-Ost</b>   |       |       |        |       |       |        |
| CDU                                        | 32,2% | 28,8% | 3,3%   | 29,8% | 25,3% | 4,5%   |
| SPD                                        | 20,0% | 31,8% | -11,7% | 17,9% | 30,4% | -12,6% |
| Grüne                                      | 6,3%  | 4,0%  | 2,4%   | 6,8%  | 5,2%  | 1,6%   |
| FDP                                        | 8,1%  | 5,1%  | 3,0%   | 10,6% | 8,0%  | 2,6%   |
| PDS/LINKE                                  | 29,1% | 25,4% | 3,7%   | 28,5% | 25,3% | 3,2%   |
| REP                                        | 0,0%  | 0,1%  | -0,1%  | 0,2%  | 0,4%  | -0,1%  |
| NPD                                        | 3,4%  | 3,8%  | -0,4%  | 3,1%  | 3,6%  | -0,5%  |
| DVU                                        | 0,0%  | 0,0%  | 0,0%   | 0,2%  | 0,0%  | 0,2%   |
| Piraten                                    | 0,0%  | 0,0%  | 0,0%   | 1,9%  | 0,0%  | 1,9%   |
| Sonstige                                   | 1,0%  | 1,1%  | -0,2%  | 0,9%  | 1,8%  | -0,9%  |
| <b>Westdeutsche Länder mit Berlin-West</b> |       |       |        |       |       |        |
| CDU/CSU                                    | 41,0% | 43,6% | -2,7%  | 34,7% | 37,4% | -2,8%  |
| SPD                                        | 29,6% | 39,9% | -10,3% | 24,1% | 35,1% | -11,0% |
| Grüne                                      | 9,8%  | 5,7%  | 4,1%   | 11,5% | 8,8%  | 2,7%   |
| FDP                                        | 9,7%  | 4,6%  | 5,1%   | 15,4% | 10,2% | 5,2%   |
| PDS/LINKE                                  | 7,2%  | 4,0%  | 3,3%   | 8,3%  | 4,9%  | 3,4%   |
| REP                                        | 0,1%  | 0,1%  | 0,0%   | 0,5%  | 0,6%  | -0,1%  |
| NPD                                        | 1,4%  | 1,4%  | 0,1%   | 1,1%  | 1,1%  | 0,0%   |
| DVU                                        | 0,0%  | 0,0%  | 0,0%   | 0,1%  | 0,0%  | 0,1%   |
| Piraten                                    | 0,1%  | 0,0%  | 0,1%   | 2,0%  | 0,0%  | 2,0%   |
| Sonstige                                   | 1,0%  | 0,7%  | 0,3%   | 2,3%  | 1,8%  | 0,5%   |

**A2. Übersicht Bundestagswahlergebnis nach Ländern 2009/2005**

| <b>Wahlbeteiligung und Stimmenanteile 2009</b>          |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |         |        |
|---------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|--------|
|                                                         | Bund   | BW     | BY     | BE     | BB     | HB     | HH     | HE     | MV     | NI     | NRW    | RP     | SL     | SN     | ST      | SH      | TH     |
| Wahlbeteiligung                                         | 70,8%  | 72,4%  | 71,8%  | 70,9%  | 67,1%  | 70,1%  | 57,9%  | 73,7%  | 63,1%  | 73,3%  | 71,4%  | 72,0%  | 73,7%  | 65,0%  | 60,5%   | 73,8%   | 65,2%  |
| CDU (CSU)                                               | 33,8%  | 34,4%  | 42,6%  | 22,8%  | 23,6%  | 23,9%  | 27,3%  | 32,2%  | 33,2%  | 33,2%  | 33,1%  | 35,0%  | 30,7%  | 35,6%  | 30,1%   | 32,2%   | 31,2%  |
| SPD                                                     | 23,0%  | 19,3%  | 16,8%  | 20,2%  | 25,1%  | 30,3%  | 28,9%  | 25,6%  | 16,6%  | 29,3%  | 28,5%  | 23,8%  | 24,7%  | 14,6%  | 16,9%   | 26,8%   | 17,6%  |
| Grüne                                                   | 10,7%  | 13,9%  | 10,8%  | 17,4%  | 6,1%   | 15,4%  | 15,3%  | 12,0%  | 5,5%   | 10,7%  | 10,1%  | 9,7%   | 6,8%   | 6,7%   | 5,1%    | 12,7%   | 6,0%   |
| FDP                                                     | 14,6%  | 18,8%  | 14,7%  | 11,5%  | 9,3%   | 10,6%  | 13,6%  | 16,6%  | 9,8%   | 13,3%  | 14,9%  | 16,6%  | 11,9%  | 13,3%  | 10,3%   | 16,3%   | 9,8%   |
| PDS/LINKE                                               | 11,9%  | 7,2%   | 6,5%   | 20,2%  | 28,5%  | 14,2%  | 10,6%  | 8,5%   | 29,0%  | 8,6%   | 8,4%   | 9,4%   | 21,2%  | 24,5%  | 32,4%   | 7,9%    | 28,8%  |
| Rep                                                     | 0,4%   | 0,9%   | 0,8%   | 0,3%   | 0,0%   | 0,0%   | 0,0%   | 0,6%   | 0,0%   | 0,0%   | 0,3%   | 0,8%   | 0,0%   | 0,3%   | 0,0%    | 0,0%    | 0,4%   |
| NPD                                                     | 1,5%   | 1,1%   | 1,3%   | 1,6%   | 2,6%   | 1,1%   | 0,8%   | 1,1%   | 3,3%   | 1,2%   | 0,9%   | 1,2%   | 1,3%   | 4,0%   | 2,2%    | 1,0%    | 3,2%   |
| Sonstige                                                | 4,1%   | 4,4%   | 6,5%   | 5,9%   | 3,9%   | 4,4%   | 3,6%   | 3,3%   | 2,7%   | 3,7%   | 3,7%   | 3,6%   | 3,6%   | 1,1%   | 2,9%    | 3,2%    | 6,7%   |
| <b>Veränderung der Stimmenanteile in Prozentpunkten</b> |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |         |        |
|                                                         | Bund   | BW     | BY     | BE     | BB     | HB     | HH     | HE     | MV     | NI     | NRW    | RP     | SL     | SN     | ST      | SH      | TH     |
| Wahlbeteiligung                                         | -6,8%  | -6,3%  | -6,1%  | -6,5%  | -7,9%  | -5,4%  | -19,7% | -5,0%  | -8,2%  | -6,0%  | -6,9%  | -6,8%  | -5,7%  | -10,7% | -10,5%  | -5,3%   | -10,2% |
| CDU                                                     | -1,4%  | -4,8%  | -6,7%  | 0,8%   | 3,0%   | 1,2%   | -1,6%  | -1,5%  | 3,6%   | -0,4%  | -1,3%  | -1,9%  | 0,5%   | 5,5%   | 5,5%    | -4,2%   | 5,5%   |
| SPD                                                     | -11,2% | -10,8% | -8,6%  | -14,2% | -10,7% | -12,6% | -9,9%  | -10,1% | -15,2% | -13,9% | -11,4% | -10,8% | -8,6%  | -9,9%  | -15,9%  | -11,5%  | -12,2% |
| Grüne                                                   | 2,6%   | 3,2%   | 2,9%   | 3,7%   | 1,0%   | 1,1%   | 0,4%   | 1,9%   | 1,5%   | 3,3%   | 2,4%   | 2,4%   | 0,8%   | 1,9%   | 1,1%    | 4,2%    | 1,2%   |
| FDP                                                     | 4,7%   | 6,9%   | 5,2%   | 3,3%   | 2,5%   | 2,5%   | 4,6%   | 4,9%   | 3,6%   | 4,3%   | 4,8%   | 4,9%   | 4,4%   | 3,1%   | 2,3%    | 6,2%    | 1,9%   |
| LINKE                                                   | 3,2%   | 3,4%   | 3,0%   | 3,9%   | 1,9%   | 5,8%   | 4,3%   | 3,2%   | 5,3%   | 4,3%   | 3,2%   | 3,8%   | 2,7%   | 1,7%   | 5,8%    | 3,3%    | 2,7%   |
| Rep                                                     | 0,4%   | -0,2%  | -0,2%  | -0,2%  | 0,0%   | 0,0%   | 0,0%   | -0,2%  | 0,0%   | 0,0%   | 0,0%   | -0,7%  | 0,0%   | -0,2%  | -0,3%   | 0,0%    | -0,3%  |
| NPD                                                     | 1,5%   | 0,0%   | 0,0%   | 0,0%   | -0,7%  | -0,4%  | -0,2%  | -0,1%  | -0,2%  | 0,0%   | 0,2%   | -0,1%  | -0,5%  | -0,8%  | -0,3%   | 0,0%    | -0,4%  |
| Sonstige                                                | 0,2%   | 2,4%   | 4,5%   | 2,6%   | 2,0%   | 2,4%   | 2,4%   | 1,8%   | 1,4%   | 2,4%   | 2,0%   | 2,5%   | 0,7%   | -1,3%  | 2,2%    | 2,0%    | 1,0%   |
| <b>Veränderung der absoluten Stimmzahl in Prozent</b>   |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |         |        |
|                                                         | Bund   | BW     | BY     | BE     | BB     | HB     | HH     | HE     | MV     | NI     | NRW    | RP     | SL     | SN     | ST      | SH      | TH     |
| Wahlbeteiligung                                         | -8,4%  | -6,7%  | -6,4%  | -7,2%  | -10,7% | -6,9%  | -23,8% | -5,6%  | -12,7% | -7,2%  | -8,6%  | -8,0%  | -8,3%  | -15,2% | -17,2%  | -5,4%   | -15,6% |
| CDU (CSU)                                               | -11,9% | -18,0% | -19,0% | -3,8%  | 1,6%   | -2,2%  | -28,0% | -9,6%  | -2,0%  | -8,0%  | -11,7% | -12,6% | -6,2%  | 0,7%   | 1,3%    | -17,0%  | 3,0%   |
| SPD                                                     | -38,3% | -40,1% | -38,0% | -45,5% | -38,0% | -34,3% | -43,2% | -32,1% | -54,4% | -36,9% | -34,6% | -36,6% | -31,6% | -49,4% | -57,3%  | -34,3%  | -50,0% |
| Grüne                                                   | 20,9%  | 21,2%  | 28,4%  | 17,6%  | 5,4%   | 0,4%   | -21,7% | 12,2%  | 21,5%  | 34,0%  | 20,9%  | 22,6%  | 5,5%   | 19,2%  | 4,4%    | 40,7%   | 5,5%   |
| FDP                                                     | 35,8%  | 47,3%  | 44,8%  | 30,3%  | 20,3%  | 21,7%  | 15,5%  | 34,5%  | 37,3%  | 38,0%  | 36,0%  | 30,7%  | 47,1%  | 10,9%  | 6,1%    | 50,9%   | 4,9%   |
| PDS/LINKE                                               | 25,1%  | 77,6%  | 75,5%  | 14,7%  | -5,1%  | 56,7%  | 27,9%  | 51,6%  | 7,2%   | 85,3%  | 49,0%  | 55,2%  | 5,8%   | -8,7%  | 1,1%    | 61,5%   | -6,2%  |
| Rep                                                     |        | -25,2% | -25,7% | -40,6% |        |        |        | -31,1% |        |        | -15,3% | -49,8% |        | -45,5% | -100,0% |         | -56,3% |
| NPD                                                     |        | -7,7%  | -8,0%  | -4,7%  | -29,6% | -32,9% | -38,3% | -13,2% | -18,8% | -9,8%  | 10,2%  | -15,6% | 82,0%  | -29,3% | -28,1%  | -7,1%   | -25,3% |
| Sonstige                                                | -4,4%  | 103,3% | 195,1% | 66,7%  | 85,7%  | 102,3% | 132,1% | 111,8% | 84,1%  | 160,3% | 103,2% | 198,7% | -40,9% | -61,7% | 217,5%  | -100,0% | -0,2%  |

### A3. Wählerwanderungen nach Infratest dimap von der Bundestagswahl 2005 (Spalte) zur Bundestagswahl 2009 (Zeile)

|              | Union05           | SPD05             | FDP05            | LINKE05          | Grüne05          | Andere05         | Nichtw.05         | Erstwähler       | Zugezog.       | Summe             |
|--------------|-------------------|-------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|------------------|----------------|-------------------|
| Union09      | 10.500.000        | 1.330.000         | 750.000          | 120.000          | 160.000          | 190.000          | 920.000           | 500.000          | 60.000         | 14.530.000        |
| SPD09        | 460.000           | 7.600.000         | 190.000          | 170.000          | 500.000          | 40.000           | 540.000           | 390.000          | 30.000         | 9.920.000         |
| FDP09        | 1.880.000         | 710.000           | 2.630.000        | 80.000           | 100.000          | 100.000          | 460.000           | 290.000          | 20.000         | 6.270.000         |
| LINKE09      | 160.000           | 1.280.000         | 60.000           | 2.540.000        | 260.000          | 130.000          | 410.000           | 230.000          | 30.000         | 5.100.000         |
| Grüne09      | 220.000           | 1.360.000         | 80.000           | 130.000          | 2.140.000        | 40.000           | 280.000           | 330.000          | 20.000         | 4.600.000         |
| Andere09     | 210.000           | 360.000           | 130.000          | 130.000          | 210.000          | 940.000          | 290.000           | 280.000          | 20.000         | 2.570.000         |
| Nichtw.09    | 2.090.000         | 2.670.000         | 570.000          | 760.000          | 320.000          | 350.000          | 10.940.000        | 1.350.000        | 50.000         | 19.100.000        |
| Gestorbene   | 1.100.000         | 880.000           | 230.000          | 200.000          | 120.000          | 70.000           | 720.000           | 0                | 0              | 3.320.000         |
| Weggezog.    | 0                 | 0                 | 0                | 0                | 0                | 0                | 0                 | 0                | 0              | 0                 |
| <b>Summe</b> | <b>16.620.000</b> | <b>16.190.000</b> | <b>4.640.000</b> | <b>4.130.000</b> | <b>3.810.000</b> | <b>1.860.000</b> | <b>14.560.000</b> | <b>3.370.000</b> | <b>230.000</b> | <b>65.410.000</b> |

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung 28.09.2009, 03:16

#### A3.1. Verbleib der Wählerinnen und Wähler von 2005 (Spalten)

|              | Union05     | SPD05       | FDP05       | LINKE05     | Grüne05     | Andere05    | Nichtw.05   |
|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Union09      | <b>63%</b>  | 8%          | 16%         | 3%          | 4%          | 10%         | 6%          |
| SPD09        | 3%          | <b>47%</b>  | 4%          | 4%          | 13%         | 2%          | 4%          |
| FDP09        | 11%         | 4%          | <b>57%</b>  | 2%          | 3%          | 5%          | 3%          |
| LINKE09      | 1%          | 8%          | 1%          | <b>62%</b>  | 7%          | 7%          | 3%          |
| Grüne09      | 1%          | 8%          | 2%          | 3%          | <b>56%</b>  | 2%          | 2%          |
| Andere09     | 1%          | 2%          | 3%          | 3%          | 6%          | <b>51%</b>  | 2%          |
| Nichtw.09    | 13%         | 16%         | 12%         | 18%         | 8%          | 19%         | <b>75%</b>  |
| Gestorbene   | 7%          | 5%          | 5%          | 5%          | 3%          | 4%          | 5%          |
| <b>Summe</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> | <b>100%</b> |

### A3.2. Anteil der treuen und Stamm-Wählerschaft an Wählerinnen und Wählern 2009

|           | Union05 | SPD05 | FDP05 | LINKE05 | Grüne05 | Andere05 | Nichtw.05 |
|-----------|---------|-------|-------|---------|---------|----------|-----------|
| Union09   | 72%     | 9%    | 5%    | 1%      | 1%      | 1%       | 6%        |
| SPD09     | 5%      | 77%   | 2%    | 2%      | 5%      | 0%       | 5%        |
| FDP09     | 30%     | 11%   | 42%   | 1%      | 2%      | 2%       | 7%        |
| LINKE09   | 3%      | 25%   | 1%    | 50%     | 5%      | 3%       | 8%        |
| Grüne09   | 5%      | 30%   | 2%    | 3%      | 47%     | 1%       | 6%        |
| Andere09  | 8%      | 14%   | 5%    | 5%      | 8%      | 37%      | 11%       |
| Nichtw.09 | 11%     | 14%   | 3%    | 4%      | 2%      | 2%       | 57%       |

### A3.3. Gewinne und Verluste für DIE LINKE:

Wohin gingen rund 1,6 Millionen und woher kamen rund 2,5 Millionen?

|             | Abwanderung |      | Zuwanderung |      |
|-------------|-------------|------|-------------|------|
| Union       | 120.000     | 8%   | 160.000     | 6%   |
| SPD         | 170.000     | 11%  | 1.280.000   | 51%  |
| FDP         | 80.000      | 5%   | 60.000      | 2%   |
| Grüne       | 130.000     | 8%   | 260.000     | 10%  |
| Andere      | 130.000     | 8%   | 130.000     | 5%   |
| Nichtwähler | 760.000     | 48%  | 410.000     | 16%  |
| Gestorbene  | 200.000     | 13%  |             |      |
| Erstwähler  |             |      | 230.000     | 9%   |
| Summe       | 1.590.000   | 100% | 2.530.000   | 100% |

### A4. Übersicht: Wahlergebnis DIE LINKE nach Landesverbänden

|                            | Zweit-<br>stimmen | Differenz | Anteil an<br>gültigen<br>Stimmen | Anteil<br>Wahl-<br>berechtigte |
|----------------------------|-------------------|-----------|----------------------------------|--------------------------------|
| Bund                       | 5.153.884         | 1.035.690 | 11,9%                            | 8,3%                           |
| Sachsen-Anhalt             | 389.541           | 4.119     | 32,4%                            | 19,2%                          |
| Mecklenburg-<br>Vorpommern | 251.565           | 16.863    | 29,0%                            | 18,0%                          |
| Thüringen                  | 354.872           | -32.468   | 28,8%                            | 18,6%                          |
| Brandenburg                | 395.320           | -21.039   | 28,5%                            | 18,6%                          |
| Sachsen                    | 551.476           | -52.348   | 24,5%                            | 15,7%                          |
| Saarland                   | 123.874           | 6.785     | 21,2%                            | 15,3%                          |
| Berlin                     | 348.327           | 44.697    | 20,2%                            | 14,1%                          |
| Bremen                     | 47.895            | 17.325    | 14,2%                            | 9,8%                           |
| Hamburg                    | 98.696            | 39.233    | 10,6%                            | 6,1%                           |
| Rheinland-Pfalz            | 205.143           | 72.989    | 9,4%                             | 6,6%                           |
| Niedersachsen              | 380.325           | 175.125   | 8,6%                             | 6,2%                           |
| Hessen                     | 271.311           | 92.398    | 8,5%                             | 6,2%                           |
| Nordrhein-Westfalen        | 789.695           | 259.728   | 8,4%                             | 5,9%                           |
| Schleswig-Holstein         | 127.216           | 48.461    | 7,9%                             | 5,7%                           |
| Baden-Württemberg          | 389.216           | 170.111   | 7,2%                             | 5,1%                           |
| Bayern                     | 429.412           | 184.711   | 6,5%                             | 4,6%                           |

**A5. Gewinne, Verluste gegenüber Bundestagswahl 2005 und Gewicht der Landesverbände**

| Land                   | Diff. Stimmenanteile | Diff. Absolute Stimmen | Verteilung absolute Stimmen |
|------------------------|----------------------|------------------------|-----------------------------|
| Niedersachsen          | 4,3%                 | 85,3%                  | 7,4%                        |
| Baden-Württemberg      | 3,4%                 | 77,6%                  | 7,6%                        |
| Bayern                 | 3,0%                 | 75,5%                  | 8,3%                        |
| Hamburg                | 4,3%                 | 66,0%                  | 1,9%                        |
| Schleswig-Holstein     | 3,3%                 | 61,5%                  | 2,5%                        |
| Bremen                 | 5,8%                 | 56,7%                  | 0,9%                        |
| Rheinland-Pfalz        | 3,8%                 | 55,2%                  | 4,0%                        |
| Hessen                 | 3,2%                 | 51,6%                  | 5,3%                        |
| Nordrhein-Westfalen    | 3,2%                 | 49,0%                  | 15,3%                       |
| Berlin                 | 3,9%                 | 14,7%                  | 6,8%                        |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5,3%                 | 7,2%                   | 4,9%                        |
| Saarland               | 2,7%                 | 5,8%                   | 2,4%                        |
| Sachsen-Anhalt         | 5,8%                 | 1,1%                   | 7,6%                        |
| Brandenburg            | 1,9%                 | -5,1%                  | 7,7%                        |
| Thüringen              | 2,7%                 | -8,4%                  | 6,9%                        |
| Sachsen                | 1,7%                 | -8,7%                  | 10,7%                       |
| Gesamt                 | 3,2%                 | 25,1%                  | 100%                        |